Die Kreisreform von 1973 und der Landkreis Sigmaringen

von Edwin Ernst Weber

Der Landkreis Sigmaringen in seiner heutigen Gestalt kann am 2023 seinen 50. Geburtstag feiern. Das zumeist einvernehmliche und kooperative Zusammenwirken der im Landkreis zusammengeschlossenen 25 Städte und Gemeinden mit ihren etwa 134.000 Bewohnern im zurückliegenden halben Jahrhundert hat weitgehend vergessen lassen, unter welch massiven politischen Auseinandersetzungen und Erschütterungen der neue Verwaltungsbezirk zu Beginn der 1970er Jahre zustande gekommen ist.

Wohl an nur wenigen Brennpunkten in Baden-Württemberg war seinerzeit die von der damaligen CDU-SPD-Koalition unter Ministerpräsident Hans Filbinger betriebene große Kreisreform derart heiß umstritten wie im Bereich Sigmaringen-Saulgau-Pfullendorf-Meßkirch, wo bis 1973 die "äußeren" Kreisgrenzen noch immer mit den zu Beginn des 19. Jahrhunderts zwischen dem Königreich Württemberg, dem Großherzogtum Baden und dem Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen gezogenen Landesgrenzen identisch waren.

Zweite Kreisreform in wenigen Jahrzehnten

Bundesland Für den seit 1952 im gemeinsamen Baden-Württemberg zusammengeschlossenen deutschen Südwesten war dabei die Kreisreform von 1973 bereits die zweite Gebietsneugliederung innerhalb von nur wenigen Jahrzehnten: Im damaligen preußischen Regierungsbezirk der Hohenzollerischen Lande waren 1925 die Oberämter Sigmaringen und Gammertingen zum Landkreis Sigmaringen und die Oberämter Hechingen und Haigerloch zum Landkreis Hechingen vereinigt worden. Die badische Gebietsreform von 1936 hatte den bisherigen Amtsbezirk Pfullendorf zu Überlingen und den Amtsbezirk Meßkirch zu Stockach geschlagen, und die württembergische Verwaltungsneugliederung von 1938 schließlich brachte die Zusammenlegung der Oberämter Saulgau und Riedlingen zum neuen Landkreis Saulgau.

Obgleich alle diese von "oben" verordneten Gebietsreformen zumal bei vielen Bewohnern der aufgelösten Bezirke zunächst auf beträchtliche Vorbehalte gestoßen waren und in den neuen Landkreisen ein unübersehbarer Dualismus zwischen den neuen "Kreishauptstädten" und den früheren Amtsstädten herrschte, entwickelte sich in den neu geschaffenen Verwaltungsbezirken erstaunlich rasch ein intensives Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl. Dazu trug in hohem Maße sicherlich die gemeinsam bewältigte Notzeit in den Kriegs- und Nachkriegsjahren bei.

Der Kampf um den Landkreis Saulgau

Vor diesem Hintergrund stießen die im neuen Bundesland Baden-Württemberg bereits seit der Mitte der 1950er Jahre diskutierten Pläne für eine neuerliche Kreisreform allenthalben auf entschiedenen Widerstand in den Landkreisen. Es bedurfte der Durchsetzungskraft einer Großen Koalition von 1966 bis 1972, um in der Reformeuphorie jener Jahre eine radikale Neueinteilung der Verwaltungsbezirke weitgehend ohne Rücksicht auf historisch gewachsene Zusammenhänge und Zugehörigkeiten durchzusetzen. Ein 1969 vorgelegtes Denkmodell der Landesregierung (sog. Krauseoder 25er-Modell) hatte sogar eine Reduzierung von bisher 63 auf 25 Landkreise vorgesehen und in unserem Raum die Bildung der Großkreise Sigmaringen-Saulgau, Konstanz-Stockach-Überlingen, Ravensburg-Tettnang-Wangen sowie Ulm-Biberach-Ehingen vorgeschlagen.

In Saulgau und zumal beim dortigen Landrat Dr. Wilfried Steuer stieß dieser Plan einer Fusionierung mit dem hohenzollerischen Nachbarkreis Sigmaringen sowie kleineren Teilen der Kreise Stockach (Raumschaft Meßkirch/Stetten a.k.M.), Ehingen und Münsingen (Bereich Zwiefalten) sofort auf massive Ablehnung. In wiederholten Entschließungen des Kreistags sowie zahlreicher Gemeinderäte sprach man sich statt dessen für den Erhalt des Landkreises Saulgau in seiner bisherigen Gestalt oder aber, falls dies nicht machbar sein sollte, für einen Zusammenschluss mit Biberach zu einem "mitteloberschwäbischen" Großkreis aus.

Zwei im Juli 1970 vorgelegte Kommissions-Gutachten (Dichtel- bzw. Reschke-Gutachten) trugen dieser Stimmung Rechnung und sahen im Gesamtzusammenhang von nunmehr insgesamt 38 bzw. 36 Landkreisen einen Großkreis Biberach-Saulgau sowie einen Großkreis Sigmaringen einschließlich des württembergischen Mengen sowie der badischen Raumschaften Pfullendorf und Meßkirch vor. Allerdings sollten nach den beiden Gutachten sämtliche neuen Kreise in insgesamt 12 bzw. 13 Regionalverbände mit weit reichenden Planungszuständigkeiten integriert werden - im Fall von Biberach-Saulgau sollte dies die Region Donau-Riß mit Sitz in Ulm und im Fall von Sigmaringen die Region Oberschwaben/Ravensburg sein.

"Bürgeraufstand" in Saulgau

Eben diese Zuordnung nach Ulm, die Anfang 1971 in einer Stuttgarter Regierungsvorlage übernommen wird, lässt in der Stadt Saulgau sowie den benachbarten Göge-Gemeinden einen "Bürgeraufstand" ausbrechen, wie ein Zeitungsbericht aus jenen hektischen Wochen vermeldet. Ende Januar 1971 bildet sich in Saulgau eine Bürgerinitiative, die innerhalb kürzester Zeit 1250 Unterschriften für einen Anschluss der Stadt und ihres Umlandes an den neuen Kreis Sigmaringen und mit diesem an die Region Oberschwaben/Ravensburg sammelt.

"Wir haben nicht zwischen Biberach und Sigmaringen, sondern zwischen Ulm und Ravensburg zu wählen. Diese Entscheidung kann nur Ravensburg heißen, wenn wir auch in Kauf nehmen müssen, dass der Weg dorthin zunächst über Sigmaringen geht", heißt es in einem Flugblatt der Bürgerinitiative. Im Großkreis Biberach wäre das am Rande gelegene und des größten Teils seines Umlandes beraubte Saulgau das fünfte Rad am Wagen, während die Stadt bei Sigmaringen ihren Verflechtungs- und Nahbereich erhalten und überdies eine angemessene Rolle im Kreis-Konzert spielen könne.

Bereits am 4. Februar trifft sich der Saulgauer Gemeinderat, der sich noch im Dezember des Vorjahres mit 16 gegen eine Stimme für den Anschluss an Biberach ausgesprochen hatte, in Ostrach zu einem ersten Informationsgespräch mit dem Sigmaringer Kreisrat, und am 18. März stimmt das Stadtparlament in einer Sitzung von seltener Dramatik mit zehn gegen sechs Stimmen für die Zuordnung zum künftigen Großkreis Sigmaringen. "Wir sollten dahin gehen, wo die meisten Freunde sitzen", rechtfertigt Bürgermeister Günther Strigl den Sinneswandel und sieht nunmehr bei Sigmaringen weitaus bessere Entfaltungs- und Gestaltungschancen für seine Stadt als bei Biberach. Vergeblich bleibt die Intervention von Stadtrat Blank, der sich gegen den "lebensschwachen" Kreis Sigmaringen ausspricht, der nur seiner Tradition wegen aufrechterhalten werden solle und dem Saulgau zum Auffüllen diene.

Bürgerinitiative pro Sigmaringen auch in der Göge

Nahezu zeitgleich zu Saulgau kippt auch in zahlreichen Umlandgemeinden der Stadt die Stimmung zugunsten eines Anschlusses an Sigmaringen um. Nachdem sich auch in der Göge eine Pro-Sigmaringen-Bürgerinitiative gebildet hatte und binnen kurzer Frist an die 1000 Unterschriften zusammengekommen waren, sprechen sich zwischen Ende Februar und Anfang April 1971 die Gemeinden Bremen, Hohentengen-Beizkofen, Oelkofen, Günzkofen und Ursendorf und sodann auch Herbertingen und Marbach bei Bürgeranhörungen oder Gemeinderatsbeschlüssen mit großer Mehrheit für ein Zusammengehen mit Sigmaringen aus.

Der Sonderausschuss des Landtags für die Verwaltungsreform und sodann auch das Landesparlament selbst respektieren diesen Meinungsumschwung und weisen den Mittelbereich Saulgau nebst der Göge und dem Raum Herbertingen dem künftigen Großkreis Sigmaringen zu. Landrat Dr. Steuer bleibt nur die verbitterte Klage über die zu einem erheblichen Teil selbstverschuldete Auflösung und Vierteilung des Kreises Saulgau, dessen Gemeinden auf die neuen Kreise Biberach, Sigmaringen, Ravensburg und Reutlingen aufgegliedert werden.

Strittige Zuordnung des oberen Linzgaus

Von kaum geringerer Brisanz und Dramatik ist das Kreisreform-Geschehen im oberen Linzgau: Nachdem der Nordteil des bisherigen Landkreises Überlingen zunächst dem geplanten Großkreis Konstanz-Überlingen-Stockach und sodann dem neu zu bildenden Bodenseekreis mit Friedrichshafen zugeordnet werden soll, kommt es in Pfullendorf im Frühjahr 1971 zu einem nach Auffassung vieler Umlandgemeinden "urplötzlichen" Meinungsumschwung und zu einem Gemeinderats-Votum zugunsten eines Anschlusses an Sigmaringen. Ähnlich wie die Saulgauer sehen auch die Pfullendorfer im neuen Kreis Sigmaringen bessere Mitbestimmungs- und Entfaltungschancen als an der Peripherie des Seekreises.

Beuron wird in letzter Minute für Sigmaringen "gerettet"

Der Kampf um die Feinabgrenzung der neuen Großkreise dauert bis zur letzten Minute, als im Juli 1971 der Stuttgarter Landtag die endgültigen Reformbeschlüsse fasst. In einer Kampfabstimmung weist dabei das Landesparlament auf Antrag des Sigmaringer Abgeordneten Franz Gog das schon an Tuttlingen verloren geglaubte Beuron doch noch dem Kreis Sigmaringen zu.

Alte Grenzen erweisen sich als zählebig

In nicht wenigen Bereichen erwiesen sich die alten Kreis- und Landesgrenzen indessen über die Kreisreform hinaus als ausgesprochen zählebig: Die Grenzen der katholischen Diözesen wie auch der evangelischen Landeskirchen verlaufen bis heute mitten durch den Landkreis Sigmaringen, wobei im ersten Fall die hohenzollerischen Ortschaften zur Erzdiözese Freiburg, im zweiten Fall dagegen zur Württembergischen Landeskirche mit Sitz in Stuttgart gehören. Keine Vereinheitlichung gelang bislang auch im Sparkassenbereich, wo sich zum 1. Januar 1974 zwar die Sigmaringer Hohenzollerische Landesbank und die Kreissparkasse Saulgau vereinigten, die badischen Bezirkssparkassen in Meßkirch und Pfullendorf dagegen bis heute ein – seit 2000 fusioniertes – Eigenleben führen. Gleiches gilt für den Sportkreis Sigmaringen, der lediglich die württembergischen und hohenzollerischen Kreisteile und Sportvereine umfasst und mit den im badischen

Landessportbund organisierten Vereinen in den Räumen Pfullendorf, Meßkirch und Stetten a.k.M. in einer 1975 gebildeten losen Arbeitsgemeinschaft kooperiert.

Aktualisierte Auszüge aus Edwin Ernst Weber: Die Entstehung des "Dreiländerkreises" Sigmaringen 1973. In: Dirk Gaerte (Hg.): 30 Jahre Dreiländerkreis Sigmaringen 1973-2003. Sigmaringen 2004, S. 7-12.

1973 Gründung des neuen Sportkreises Sigmaringen

In dieses sensible kommunalpolitische Beziehungsgeflecht "platzte" die Neuordnung der Sportkreise im Württembergischen Landessportbund.